

Herborner Tageblatt.

Herborner Anzeiger.

Amtsblatt der Stadt Herborn.

Herborner Zeitung.

Erscheint an jedem Werktag.

Druck und Verlag:

Inserate: Die mm-Zeile 25 Bg.

Preis: Monatlich 3.10 Mk. ohne Bringerlohn.

S. M. Beck'sche Buch- und Kunstdruckerei, Herborn.

Postfachkonto: Frankfurt/M. No. 17518.

Herborn, Montag, den 1. November 1920.

77. Jahrgang.

Um die Außenpolitik.

(Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.)
Der zweite Tag der großen Aussprache im Reichstag über den unermesslichen Schaden unserer äußeren Politik, Dr. Simons, dem das gewöhnlich nicht beachtete Los zugefallen ist, in diesen Tagen den so wichtigen Verkehr mit den fremden Regierungen und die zu pflegen, schüttete vor der deutschen Volkvertretung.

Man kann sich lebhaft denken, wie unwohl ihm dabei war. Man sieht förmlich seinen lähligen Verstand mit den heißen Empfindungen seines Herzens. In der Verhandlung, die sich immer wieder vorwärts wälzen, werden gewaltsam unterdrückt werden durch einen harten Mann, der diesem Mann auf verantwortlichem Posten unter den Händen das versagen muß, womit jeder andere Mensch wenigstens sein Gemüt erheitern kann. Dr. Simons ist ein Mann strengster Pflichtauffassung, der auf jeden Versuch der unethischen Erfolg verzichtet, wo es sich um Sein und Nichtsein für unser Volk handelt. Er bemüht sich auf das Größtmögliche, die Dinge so zu schildern, wie sie sind, nicht um Grad lichter, aber auch nicht einen Schatten der Wahrheit mit besonderer Angestrengtheit vermeidet er jedes Wort, das etwa als Erleichterung nach Westen hin ausgedeutet werden könnte; aber wo sich bereits guter Wille zu friedlichen Beziehungen mit uns gezeigt hat, da wird er ihn auch, ohne Überraschung selbstverständlich, als ein Zeichen einer besseren Zeit dankbar begrüßen. Aber Gies, über den Völkerverbund sagt er, was werden muß; er spricht es deutlich aus, daß unsere Außenpolitik zu direktem oder indirektem Kolonialbestreben durchaus nicht von der Tagesordnung abgesehen ist, sondern ein Stimmesbrüder in den östlichen und westlichen Grenzgebieten drückt er verständnisvoll die Hand. Er vergißt niemals, und zwei hohe Punkte seiner Rede sind die Mittelungen über das Verhalten der Entente-Mächte in deutschen Ländern. Der einen, die in den Universitätsinstituten herumwandert und mit eigener, aber wohl optische Instrumente zerrittert, und der andere, die sich mit der oberflächlichen Industrie in Verbindung setzt mit der Forderung eingehender Informationen, wie sich die oberflächliche Industrie bei einem Abbruch von Völkerverbund verhalten würde. Die internationalen Kommissionen hat keinen anderen Auftrag, als dafür zu sorgen, daß die Abstimmung Oberbefehl ordentlich verwaltet wird, und daß die Abstimmung absolut unparteiisch vorzunehmen wird. Wie es mit dieser ihrer Aufgabe in Wahrheit ist, ist nur zu gut bekannt. Man sieht auch in dieser Hinsicht wieder einmal, was es mit allen den schönen Redensarten des Friedensvertrages auf sich hat. In ihm ist die internationale Freundschaft für alle Zeiten den Rekord zu schlagen.

Der Reichstag hörte den Minister des Äußeren ohne besondere Zeichen seelischer Erregung an. Die vielen und langen Reden, die ein Hauptmerkmal unserer Tage sind, waren die Aufmerksamkeit der Hörer unfehlbar abzuwehnen der Fortdauer der allgemeinen Redezeit gar nicht abzurufen. Der Führer der rechts stehenden Parteien, Herr Crippien, nahm die Tribüne nunmehr zu erheben für sich in Anspruch und richtete ebenfalls seine Rede nach rechts wie gegen seine sozialistischen Kollegen von anderer Fraktionsfärbung. Blieben noch zu reden aus dem bürgerlichen Lager: Dr. Stresemann und Dr. Heim. Was der Führer der deutschen Volkspartei zu sagen hatte, klang nicht so, als wollte er die Regierungspolitik, die er ja sozusagen mitverantwortlich zeichnet, in Aussicht zu verteidigen. Manches klang eher nach Verleumdung als nach Peinigung und manchmal schien es, als hätte er nach rechts hin eher Fäden knäueln als zerklehen. Erhielt man bei den Worten des Führers der deutschen Volkspartei den Eindruck, als wollte er die Tat, daß er nicht in Regierungslager steht, vergessen lassen. Er sagte jeden Redandgedanken mit der gleichen Unschuldigkeit ab, mit der er die angekündigte bundesstaatliche Autonomie für Oberschlesien willkommen ließ. Mehr man eigentlich, vom Standpunkt des Ministeriums her, nicht zu verlangen. Jedenfalls, Herr Simons kann einfließen mit dem Erfolg, den seine Rede im Hause gefunden hat, recht zufrieden sein.

Deutscher Reichstag.

(172. Sitzung.) C.B. Berlin, 30. Oktober.
Als Vertreter der Regierung sind erschienen Reichsminister Brüning, Reichsminister des Auswärtigen Simons und Reichsminister Giesler. Die

Fortsetzung der Etatsbesprechung

Der nächste eine Rede des demokratischen Abg. Schiffer, der er liebe keine Wiederholungen, aber dennoch die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne gegen den Vertrag von Versailles, die Quelle alles Übels für Deutschland, Verwahrung einzulegen. Der Vertrag, fährt er, ist ein Gemisch von Unvernunft und Vergeßlichkeit, das in der Weltgeschichte ein zweites Mal vielleicht nicht mehr vorkommen ist. Wie dieser Rechtsbruch von Versailles zustande gekommen ist, haben wir jetzt erfahren aus dem Buche des Marow, des Vertrauten Wilsons. In diesem Buche wird erzählt, wie unter der Führung des französischen Kommissars Klob

die Wilsonpunkte ganz systematisch sabotiert wurden sind, obwohl wir doch nur auf diese Punkte hin die Augen gewandt haben. Klob sagte, daß die Wilsonpunkte nur dann haben dürfen für einen Staat, der freiwillig die Punkte niederlegt; Deutschland aber wäre bestrebt worden hätte daher auf die Wilsonpunkte keinen Anspruch zu machen, sondern nur an uns, sondern an der Hand von Wilson nicht zu seinen Punkten gestanden hat. Es ist ein Bruch von Treu und Glauben, daß man für uns diese

Punkte nicht gelten ließ, obwohl wir nur auf diese Punkte hin die Waffen niedergelegt hatten. Es ist unendlich festgelegt, daß der deutschen Abrüstung eine allgemeine Abrüstung folgen sollte und daß sofort Verhandlungen über eine allgemeine Einschränkung der Rüstung eröffnet werden sollte. Wir fragen heute die Entente, weil wir ein Recht darauf haben, wo diese Verhandlungen geblieben sind. Vieles, was uns versichert und zugesagt wurde, ist mit Füßen getreten worden. Ich erinnere nur an die Vorgänge bei den Belagungsstruppen von Eupen und Malmédy und an die Dieselmotoren. Unsere trostlose Lage sollte den Anlaß zu einer Revision des Vertrages geben. Der Redner wendet sich weiter gegen die Scheidemännischen Angriffe auf die Offiziere, fordert die peinlichste Sorgfalt bei der Prüfung der Produktions- und Steuerertragen in der Richtung, daß wirklich ein solider Aufbau angebahnt werde. Auch eine Reform der Rechtspflege ist nötig, sie muß vereinfacht werden und volkstümlicher. Auch müssen wir prüfen, ob unser materielles Recht, namentlich das Strafrecht, noch genügt. Im Volke sieht man der heutigen Rechtsprechung oft verständnislos gegenüber. Die Regierung muß in sich selbst die Kraft finden, zum Wohl des Landes zu regieren. Ihre Aufgabe ist, deutschen Geist und deutsches Wesen zu wahren und Gedanken ins Leben zu rufen, die dazu beitragen können, daß die Welt von schwerem Leidem geneset.

Der nächste Redner war der Abg. Dänmig (Völkerverbund). Er erklärte, die Ministerreden hätten zum Ausdruck gebracht, daß wir am Rande des Abgrundes stehen. Weiter betonte der Redner, indem er sich gegen die Rechte wandte, auch wir werden alles tun, um den Versailles-Friedensvertrag unwirksam zu machen, aber nicht mit Ihren Mitteln. Den Kampf gegen den Kapitalismus einseitig ohne nationale Grenzen zu führen, ist unsere Aufgabe. Wir wollen nicht Sozialisierung, sondern Sozialismus und würden uns aufs äußerste gegen eine verheerende Vereinfachung der russischen Revolution wehren. Im übrigen sind wir Verfechter eines Systems, das mit dem parlamentarischen Plunder aufräumen will.

Die Redner der zweiten Reihe.

Damit war die erste Reihe der Redner, die zum Reichshaus halt sprechen wollten, zu Ende und es kam die zweite Reihe heran. Zuerst sprach der Abg. Müller-Branken (Soz.). Er betonte, seine Partei sehe ihre Aufgabe darin, die Interessen der Arbeiter zu wahren und in Einklang mit dem Interesse anderer Stände zu bringen. Von der Erklärung, daß das Schulgesetz bald kommen wird, nehmen wir mit Verbedingung Kenntnis. Öffentlich kommt auch bald ein Lehrerbildungsgesetz. Dann lehrte sich der Redner gegen die Ausführungen des Abg. Graf Westarp (Deutschnat. Vp.) und ging dabei ausführlich auf die ober-schlesische Frage ein. Wir hoffen bestimmt, sagte der Redner, daß die Volksabstimmung das Verbleiben Oberschlesiens beim Reich ergeben wird. Eine Revision des Friedensvertrages von Versailles in seinen undurchführbaren Bestimmungen muß und wird kommen, aber die Politik der Deutschnationalen ist wohl der falschste Weg, den man überhaupt einschlagen kann. Der Redner wurde wiederholt von starkem Lärm von der Rechten unterbrochen, besonders als er über die Schuld am Ausbruch des Krieges sprach und dabei die Ansichten der Deutschnationalen stark kritisierte. Am Schluß befaßigte sich der Redner mit der Frage der Sozialisierung. Damit schloß er seine Ausführungen.

Reichswehrminister Giesler bemerkte noch kurz, daß die Meldungen von Übertritten nach Litauen übertrieben seien. Damit schloß die Sitzung und das Haus verlegte sich bis nächsten Donnerstag.

Preussische Landesversammlung.

(172. Sitzung.) Berlin, 30. Oktober.

Bei der Weiterberatung der Preussischen Verfassungs-Vorlage drehte sich die Auseinandersetzung über den Staatsrat. Dieser wird von der Sozialdemokratie heftig bekämpft. Der Abg. Sellmann sieht in ihm, in der Form, wie ihn die Kommission vorschlägt, ein fast schlimmeres Gebilde als den zuvor geplanten Finanzrat. Die Mehrheitssozialisten würden nur dann für einen Staatsrat stimmen, wenn das Wahlrecht zu den Provinzialparlamenten daselbst wäre, wie zu den anderen Parlamenten. Der Demokrat Dr. Frey erblickt in dem Staatsrat ein Mittel, den freiwilligen Zusammenbau der preussischen Landschaften zu erreichen.

Staatssekretär Dr. Freund erklärt, die Landschaften sollen der Regierung bei der Mitarbeit in Gesetzgebung und Verwaltung sehr willkommen sein. Die Frage ihrer Autonomie könne aber erst dann für die Erörterungen von Bedeutung werden, wenn sie eine direkt gewählte Vertretung haben. Der deutschnationale Abg. Renkel erklärt, daß seine Partei mit ihrer Forderung, die Erste Kammer auf berufsständiger Grundlage aufzubauen, sein Parteiprogramm betreibe.

Der Unabhängige Obuch charakterisiert den Staatsrat als ein reaktionäres Gebilde. Der Zentrumsabgeordnete Lauscher fährt aus, Preußen sei verloren, wenn man keine anderen Mittel zur Verwaltung der Provinzen habe als die bisherigen. Die Krise und Sorge um Oberschlesien sei eine Folge der verheerlichen Politik in diesem Lande. Der Redner würde es für ein Verhängnis haben, wenn der Rhein politische Grenze würde. Das Rheinland könnte dann leicht das Schicksal des Saarlandes teilen in Bezug auf Entrechtung und Belastung. Das Rheinland dürfe nicht isoliert werden.

Deutsche Note über die Dieselmotoren

Erste Mahnung an die Entente.

Die deutsche Regierung ließ in Paris eine Note um eine Denkschrift über die Frage der Dieselmotoren überreichen. Es wird darin ausgeführt, daß die deutsche Regierung die Berechtigung der Forderung der Interalliierten Kommission auf Verdrängung der schnelllaufenden Dieselmotoren nicht anerkennen könne. Der Artikel 188 des Friedensvertrages spreche nur davon, daß die U-Boote, soweit sie nicht ausgeliefert würden, abzubringen seien. Artikel 189 legte andererseits ausdrücklich fest, daß die aus dem Abbruch der deutschen Kriegsschiffe und U-Boote stammenden Materialien zu rein industriellen und Handelszwecken Verwendung finden dürfen. Die im November 1919 von der Interalliierten Marinemission überreichte Liste des auszuliefernden oder zu zerstörenden Materials habe die Dieselmotoren nicht enthalten. Erst vier Monate später sei der Nachtrag bekannt geworden, in dem die Liste aufgeführt waren. Die Denkschrift fährt weiter aus, daß der schnelllaufende Dieselmotor keine für Artenswede

geschaffene und geeignete Maschine sei. Leichtfertigkeit und Raumerparnis seien seine Hauptzüge bei großer Leistungsfähigkeit, die die Häufigkeit seiner industriellen Verwendung erklärt. Es wird weiter ein Überblick über die Art des Gebrauchs der Dieselmotoren in Deutschland gegeben und an Hand von einzelnen Beispielen aus der Industrie dargelegt, daß eine Ersparnis bei Verdrängung dieser Maschine sehr häufig nicht möglich sei. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß die Verdrängung der Dieselmotoren der Lahmlegung ganzer Industrien gleichkomme und weitere einschneidende Einschränkungen der deutschen Produktionskraft bedeuten würde. Zugleich würden Tausende von Arbeitern brotlos gemacht und zu unützigem Leben verurteilt werden, was die Kosten und Gefahren für Deutschland unerträglich vermehren würde.

Deutschland und Italien.

Programm des deutschen Botschafters in Rom.

Ein italienischer Pressevertreter hatte eine längere Unterredung mit dem neuen deutschen Botschafter in Rom, von Bergen-Göbler, in der dieser seine Absichtserklärung hinsichtlich der in Italien geduldeten Besorgnisse über angebliche Bestrebungen Deutschlands ausdrückte und erklärte:

Deutschland kann und will nicht ein Werk der Durchdringung in Italien ausführen, sondern nur mit diesem zusammen arbeiten. Deutschlands Lage ist so, daß es nur daran denken kann, sich wieder aufzubauen. Der Friedensvertrag hat ihm den größten Teil dessen genommen, was die Grundlage seiner Industrie ausmachte, vor allem das Eisenerz. Deutschland ist jetzt ein armes Land. Fast alle Rohstoffe fehlen ihm und Geld. Es könnte keinesfalls ein Werk der Durchdringung in einem anderen Lande durchführen, dessen Kultur und Industrie einen so hohen Grad der Entwicklung erreicht haben wie in Italien. Der Botschafter trat für eine herzliche Zusammenarbeit Deutschlands mit allen anderen Mächten des europäischen Festlands in gemeinsamen Interesse ein. Ferner sagte er: Zur Vermeidung von Weltmonopolen und zur Stärkung des so schwergeprüften Europas hat Deutschland das größte Interesse daran, daß Italien eine blühende Industrie besitze.

Der Botschafter sprach den Wunsch aus, daß sich die italienische Metallindustrie wieder aufbaue und so dazu beitrage, den Wohlstand des Vaterlandes zu vergrößern. Die Deutschen, sagte der Botschafter hinzu, seien verurteilt, die Rente der ihnen durch den Friedensvertrag auferlegten wirtschaftlichen Bedingungen zu tragen. Öffentlich werde sich die Welt überzeugen, daß diese Bedingungen veränderlich seien, und zwar nicht nur für Deutschland. Der Botschafter schloß, indem er Italien aufforderte, jegliches Mißtrauen gegen Deutschland fahren zu lassen.

Das Danziger Trauerspiel.

Der Existenzkampf der Deutschen.

Der Botschafterrat in Paris hat unter Leitung eines früheren französischen Botschafters in Berlin, Jules Cambon, eine Konvention über Danzig Beziehungen zum polnischen Staat ausgearbeitet. Kurz vorher hatte der Vertreter des Verbandes und eigentliche Machthaber in Danzig, Herr Reginald Tower, die Danziger Versammlung gebende Nationalversammlung aufgelöst, angeblich weil durch die ungehörige Tat eines radikalen Abgeordneten die Würde des Freistaates verletzt worden sei. So fand die Konvention keine beschlußfähige Volksvertretung in Danzig vor. Der Verband hat sein Werk den Delegationen Danzigs und Polens vorgelegt, aber auf beiden Seiten entschiedene Ablehnung erfahren. Während Danzig sich sträubt, dem wirtschaftspolitischen Dilettantismus der Polen geopfert zu werden und für das neue polnische Reich die melende Kuh zu spielen, ist den Polen das Tempo, in welchem Danzig eine polnische Stadt werden soll, nicht schnell genug.

Nach der in Paris ausgearbeiteten Konvention kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß der Verband Polen gegenüber bindende Zusagen dahin erteilt hat, daß die durch Deutschlands einmütigen Protest hintertriebene politische Auslieferung Danzigs an Polen auf dem Umwege über wirtschaftspolitische Höflichkeit nachgeholt werden soll.

Die Hauptbestimmungen der Konvention sind folgende: Der Hafen, die Wasserstraßen und die Hafenbahnen von Danzig sollen unter gleichberechtigter Mitwirkung Polens verwaltet werden; Danzig wird in das polnische Zollgebiet einbezogen und überträgt polnischen Behörden die Wahrnehmung der gemeinsamen Zollangelegenheiten; weiter sollen die Bahnen auf dem Gebiete des Freistaates von Polen betrieben werden. — Polen dagegen verlangt für sich die alleinige Verwaltung des Danziger Hafens und die Übertragung der polnischen Währung auf Danzig. — Damit wäre allerdings Danzig keine freie Stadt mehr und würde — ähnlich wie Polen — bei der Umrechnung deutscher Mark in polnische Mark von polnischen Schiebern und Spekulanten rücksichtslos ausgeplündert werden. Polen hat seine Abänderungsvorschläge formuliert und dem Botschafterrat eingereicht. Die Danziger Delegation dagegen hat auf jede Verhandlung über die Frage verzichtet, nachdem der Verband seinen Konventions-Entwurf für unabänderlich erklärt hatte. Für die Maßlosigkeit der polnischen Forderungen ist es charakteristisch, daß selbst französische Blätter ihre polnischen Freunden zur Mäßigung zu rufen für notwendig hielten.

Danzig hat sich darüber beschwert, daß Deutschland wirtschaftspolitisch nicht das Entgegenkommen bekunde, das man einem mit Gewalt vom Reich losgerissenen, aber mit Leib und Seele dem Reich ergebenden Landesteil erweisen müsse. In der Tat scheinen bei der Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen nach Danzig unndrige Schwierigkeiten zu entstehen. Danziger Kaufleute haben wegen keiner

Ungenauigkeiten in den Begleitpapieren allerhand Bemerkungen erfahren, ja sogar Beschlagnahme der Waren zu erdulden. Es wäre ganz gut, wenn solche Vorkommnisse nach Möglichkeit vermieden würden, damit den schwer um ihre Selbstständigkeit ringenden Deutschen in Danzig nicht unnötig ihr Kampf erschwert wird.

Aufruhr gegen die Bolschewisten.

Niederlage der Roten Truppen.

Nach den letzten zuverlässigen Meldungen aus Russland ist in Südrussland, namentlich in Odessa, Kiew und Cherson, ein ernsthafter Aufruhr gegen die Sowjetregierung ausgebrochen. Im Gouvernement Kiew befinden sich die Auführer auf dem Marsch gegen Brachow und Sobolefsk. Die Auführer von Cherson haben den Bahnhof von Balta besetzt und rufen gegen Bolschewisten vor, um mit den Auführern in diesem Gebiete in Verbindung zu kommen. Ein bolschewistisches Infanterie-Regiment, das zur Unterdrückung des Aufruhrs ausgesandt worden war, verlor die Hälfte seiner Truppen durch Desertion, während die andere Hälfte fast ganz aufgerieben wurde. Die Auführer haben die Eisenbahn- und Telefonverbindungen zwischen Odessa und Kiew unterbrochen. In Odessa wird die Räumung der Stadt infolge der Aufrührerbewegung in Odessa und Nikolajewsk von den Bolschewisten vorbereitet. Der Aufruhr breitet sich in Richtung nach Jekaterinoslaw aus. Aus gleicher Quelle wird gemeldet, daß das rote Heer nach seiner Niederlage bei Sbrutsch sich auf Kiew zurückzieht.

Russische Justiz.

Wie aus Moskau gemeldet wird, berichtet der Vorsitzende der Moskauer Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Geneserevolution, Spekulation und dienlicher Verbrechen („Tscheka“), Messing, über ihre Tätigkeit in den ersten neun Monaten des Jahres 1920. Es wurden in Moskau und dem Moskauer Gouvernement insgesamt 17 424 Personen verhaftet und 11 344 vorwiegend bei Polizeistreifen festgenommene Personen freigelassen. Von den anderen wurden auf Verordnung der Kommission, d. h. außergerichtlich, 131 erschossen, 19 in Gefängnisse und 1401 in Konzentrationslager eingewiesen, 755 Zwangsarbeitsanstalten und 2976 anderen Behörden, darunter den Gerichtsbehörden, zugeführt; 1399 Minderjährige wurden in Korrektilionsanstalten untergebracht. Die Tätigkeit der Kommission ermöglichte im ersten Vierteljahr die Aufhebung zahlreicher aktivistischer Organisationen von Anarchisten, Maximalisten, Sozialrevolutionären und Spionageverbänden.

Friede im englischen Bergbau.

Das Abkommen mit den Arbeitern.

Die zwischen der Regierung, dem Bergbauausschuß der Bergleute und den Bergwerksbesitzern erfolgte Einigung über die Lohnerhöhung und die Steigerung der Kohlenproduktion unterliegt nur noch der Zustimmung der Grubenarbeiter selbst, die zweifellos erfolgt. Es ist damit zu rechnen, daß in kurzem die Arbeit aufgenommen wird. Sir Robert Horne setzte im Unterhause aus, daß die Bergleute eine tägliche Lohnerhöhung von zwei Schilling erhielten, ohne Rücksicht auf die Produktion von jetzt bis zum Januar. Nach dem 3. Januar verändert sich die Erhöhung nach Maßgabe der Produktion. Wenn die Erzeugung im November und Dezember, der Prüfungszeit, einer Jahresmenge von 246 Millionen Tonnen entspricht, so wird der Zwei-Schilling-Zuschlag im Januar beibehalten. Entspricht sie aber 242 Millionen, so würde der Zuschlag im Januar auf 1 Schilling 6 Pence sinken. Demnach können 6 Pence für die Schicht nach oben oder nach unten eine jährliche Vermehrung oder Verminderung der Erzeugung um 4 Millionen Tonnen darstellen. Für jede weiteren 4 Millionen erhalten die Bergleute nach Januar weitere 6 Pence. Eine Höchstlohnsumme wurde nicht festgelegt.

Die Selbstsucht der Bevölkerung

einschließlich der Streikenden löst das amtliche Reuter-Bureau. Es sagt u. a.: Es erscheint nichts bemerkenswerter als die Selbstsucht der Bevölkerung, die Bergleute selbst eingeschlossen. Diese letzteren, obwohl sie dem Befehl zum Ausstand allgemein gehorcht waren, waren doch in großer Zahl in Unkenntnis der genauen Ursachen des Ausstandes und fühlten keine überwältigende Veranlassung zu Klagen. Ihre erzwungene Arbeitsruhe fiel mit prachtvollem Wetter zusammen, so daß sie ihre Zeit zumeist in ihren Gärten und

beim Fußballspiel verbrachten. Fast in allen Fällen wirkten sie mit den Eigentümern bei der Erhaltung der Betriebsfähigkeit der Gruben zusammen, in denen vielfach die Werkzeuge, die Pferde usw. zurückgelassen wurden im Vertrauen auf eine rasche Beilegung des Streikfalles. Der Ausstand ist im jetzigen Zeitpunkt ein beklagenswerter Rückschlag gewesen, hat aber zu recht hoffnungsoffenen Zeichen einer größeren zukünftigen Gütererzeugung und wachsender Steigertätigkeit in allen Volksschichten geführt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutschland und der Völkerbund. Wie der italienische Vertreter des Völkerbundes mitteilt, werden auf der Generalversammlung in Bern auch folgende einschneidende Punkte behandelt werden: Die wirtschaftliche Solidarität der Vereinigten Staaten zur Behebung des Rohstoffmangels und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Zur Reichspräsidentenwahl. Das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten regelt lediglich die Grundzüge des Wahlverfahrens. Im übrigen erklärt es eine Reihe von Vorschriften des Reichswahlgesetzes für entsprechend anwendbar und ermächtigt den Reichspräsidenten des Innern, mit Zustimmung des Reichsrats die Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Viele Ausführungsbestimmungen werden nunmehr in der Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten gebracht, die sich möglichst an die Reichswahlordnung anlehnt, die bei der jüngsten Reichstagswahl gemachten Erfahrungen aber bereits berücksichtigt. Die Einrichtung des Wahlscheins wird weiter ausgebaut, der Zwang, Wählerlisten in doppelter Fertigung anzustellen, beseitigt, die Wahlzeit den verschiedenartigen Bedürfnissen in den einzelnen Wahlkreisen angepaßt. Wann die erste Wahl des Reichspräsidenten stattfindet, steht noch nicht fest.

Wieder eine Entwaffnungsnote. Es bestätigt sich, daß tatsächlich eine Mitteilung des Vorsitzenden der französischen Militärmission Generalis Rollet seit einigen Tagen dem auswärtigen Amt vorliegt, die sich mit der Frage der Entwaffnung angeblich noch bestehender bewaffneter Organisationen befaßt. In diesem Zusammenhang weist General Rollet auf die bayerischen Verbände und namentlich auf das vor kurzem in München abgehaltene Beisitzes der bayerischen Einwohnerwehren hin. Die Mitteilungen Generalis Rollets unterliegen zurzeit der Nachprüfung und Erwägung der Reichsregierung.

Bayerischer Landtag und Münchener Polizei. Im bayerischen Landtag teilte der Präsident mit, daß der Staatshaushaltsausschuß das Mandat zur Bildung eines Untersuchungsausschusses in Angelegenheit der in einem sozialistischen Antrag behaupteten Straftaten von Münchener Polizeiorganen dem Plenum zurückgegeben habe. Für den neu zu bildenden Ausschuß sind sechs Abgeordnete der bayerischen Volkspartei, zwei Abgeordnete der mehrheitlich sozialistischen Partei, zwei Abgeordnete der bayerischen Mittelpartei, zwei Abgeordnete der U. S. V. und je ein Abgeordneter der Demokraten und des Bauernbundes vorgeschlagen. Das Haus beschloß, diesen Vorschlägen zuzustimmen.

Der Kampf um die Parteikasse der Unabhängigen hat nun auch das Zivilgericht in Berlin beschäftigt. Die Unionsunabhängigen verlangten eine einstweilige Verfügung, die den Vorstandsmittgliedern der alten U. S. V. D. die freie Verfügung über die Parteikasse unterlagern sollte. Nach längerer Beratung wies das Gericht den Antrag der Neukommunisten auf Erlass einer einstweiligen Verfügung ablehnend ab. In der Begründung wurde ausgeführt, daß einmal das Landgericht I unzuständig sei, da die Antragsteller im Bezirk des Landgerichts II wohnen. Ferner handele es sich nicht um die Klage eines Vereins gegen seine jetzigen oder früheren Mitglieder, wie es der § 22 der C. P. O. erfordere. Die Antragstellerin, die unter dem Namen Zentralkomitee zusammengefaßt und ein nicht rechtsfähiger Verein sei, habe lediglich glaubhaft gemacht, daß nicht sie, sondern das frühere Zentralkomitee der U. S. V. D. den Antragsgegner zur Verwahrung der Gelder als Treuhänder einen Auftrag erteilt hat. Es sei juristisch unmöglich, die jetzige Antragstellerin als die Rechtsnachfolgerin des früheren Zentralkomitees der U. S. V. D. anzusehen.

Großbritannien.

Der Kleinkrieg in Irland. Aus einer von der Regierung veröffentlichten Statistik geht hervor, daß in der

Woche vom 16. bis 23. Oktober in Irland 69 Selbstmordattentate begangen wurden, gegenüber 90 in der Vorwoche der Regierung ist mit nicht eine erfolgreiche Verhaftung

Aus In- und Ausland.

Götha. Nach langwierigen Verhandlungen genehmigt die Entente, daß die Gebäude der hiesigen Fliegerwerke, welche nach dem Wortlaut des Friedensvertrages abgerissen werden müßten, für industrielle Zwecke erhalten bleiben.

Le Havre. Vier sehr große Schiffe mit Kohle aus Amerika eingetroffen. Andere Schiffe werden bald erwartet.

London. Lloyd George erklärte, Präsident Wilson habe ihm am 18. Oktober mitgeteilt, daß er die Aufgabe, die Grenzen des armenischen Staates zu bestimmen, übernehmen werde.

Bom Tage.

Die Frage des Fortbestandes des deutschen Luftverkehrs. Berlin, 31. Okt. Die Gefahr einer Einstellung des deutschen Luftverkehrs ist abgewandt. Nach Verhandlungen verschiedener Ministerien hat die Imperialistische Luftverkehrskommission das über bestehende deutsche Luftverkehrsstimmen verhängte Verbot der Ausführung weiterer Flüge in Deutschland zurückgezogen. Sie hat sich ferner bereit erklärt, die in Wien und Bern über Berg beschlagnahmen deutschen Flugzeuge freizugeben.

Rur 400 000 Milchkuhe.

Basel, 31. Okt. „Daily Mail“ meldet aus Paris, daß die Forderung an Deutschland auf Abführung von 800 000 Milchkuhen auf 400 000 ermäßigt worden sei.

Der fatale Eindruck der englischen Jugendhände in Frankreich.

Rom, 31. Okt. Der Pariser Vertreter des „Socialist“ zu den Stammgästen des Quai d'Orsay, der den höchst fatalen Eindruck, das englische Jugendhände nehmen man in Paris so auf, daß England sich die ständige Veragung der Genier Konferenz nicht und es ständen wohl noch weitere Ueberrassungen hinsichtlich der Wiedergutmachungen und der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bevor. — In Rom lobt Englands weise Entschluß, der Erpresser der deutschen Deutschland ein Ende zu machen.

Australien und Deutschland.

Melbourne, 31. Okt. Der australische Handelsminister Hughes erklärte im Parlament, daß die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland in einem Jahre befristet werden werde.

Arbeitsdienstplicht.

Berlin, 30. Okt. Wie das „Nacht- und Nebel“ berichtet, wird ein Gesetzentwurf über die Einführung der Arbeitsdienstplicht bereits ausgearbeitet. Er wird dabei zwei Momente hervorgehoben werden; Die erziehung und sozial gewonnenen Arbeitskräfte sollen für die Ausnutzung werden, die nicht kapitalistischen Interessen sondern der Allgemeinheit dienen. Auch weibliche Arbeitskräfte sollen zur Verwertung besonders im Bereich der Krankenpflege und anderer, besonders sozialer Einrichtungen herangezogen werden.

Die Reichsbank in der dritten Oktoberwoche.

Berlin. Der Ausweis vom 23. Oktober zeigt in der Entwicklung des Bankstatus und des Zahlungsmittelumsatzes ein günstiges Bild. Die gesamte Kapitalanlage des Reichsbanks betrug am 23. Oktober 1920 1 835,9 Millionen Mark, auf 43 097,7 Millionen Mark die entsprechende Deckung für sich allein um 835,4 Millionen Mark und 17 817,8 Millionen Mark zurück. Andererseits verringerten die fremden Gelder um 4068,1 auf 12 847,2 Millionen Mark. Der bereits in der Vorwoche beobachtete Rückgang an Zahlungsmitteln hielt an.

Der deutsch-englische Handel.

Paris. Nach einer Meldung des „Matin“ mit London erklärte Kaouth in einer Rede in letzter. Der Handel mit

Grifeldis.

Roman von H. Courts-Mobler.

57) (Abdruck ohne vorherige Vereinbarung nicht gestattet.)

Grifeldis übergab bei Tische dem Grafen die Schlüssel zu den Zimmern der Gräfin Alice.

„Ach danke Ihnen, Herr Graf, daß Sie mir die Besichtigung dieser Räume gestattet haben.“ sagte sie.

Und sie merkte sehr wohl, daß sie von Komtesse Beate mit einem unruhig lauernden Blick beobachtet wurde.

Der Graf nahm die Schlüssel an sich.

„Nun, haben die Zimmer zu Ihrem Traumbild gestimmt?“ fragte er lächelnd.

Grifeldis zwang sich zur Ruhe. Sie lächelte.

„Niemlich genau. Im übrigen war ich sehr erstaunt, in all diesen Zimmern eine moderne Einrichtung zu finden.“ sagte sie ablenkend.

„Gefiel Ihnen diese Einrichtung?“ fragte der Graf.

„O, sie ist sehr schön und geschmackvoll; aber mir gefallen doch die anderen Räume des Schlosses viel besser. Sie sind alle viel stimmungsvoller eingerichtet. Ich liebe die alten Möbel mit ihrer kunstvollen Eigenart, die mit den Räumen dieses Schlosses zusammengewachsen scheinen. Zu diesen alten, biden Mauern, den tiefen Fensternischen und dem wunderbaren, vom Alter goldbraun gebräunten Parkettfußboden wollen mir die modernen Möbel stillos erscheinen.“

„Da sind Sie ganz meiner Meinung. Aber meine Frau liebt die alten Möbel gar nicht und verbannte sie aus ihren Zimmern. Doch habe ich sie alle aut verwahren lassen, und wenn Wilba später die Zimmer ihrer Mutter bewohnt und lieber die alten Möbel wieder haben will, so läßt sich das einrichten. Es sind Sachen von hohem Kunstwert darunter.“

„Und wie ist die Besichtigung des Turmes verlaufen? Hat dieser vor Ihren scheinbar sehr kritischen Augen Gnade gefunden?“ fragte Komtesse Beate entschieden etwas höhnisch.

Grifeldis sah sie groß und rubig an. Sie küßte den Hohn heraus.

„Ich finde die Aussicht vom Turmspöller wunderbar schön; und die Turmzimmer haben eine sehr malerische und stimmungsvolle Einrichtung.“ sagte sie.

„Du kannst mir wohl gleich den Schlüssel zum Turm zurückgeben, Harro.“ wandte sich die Komtesse an ihren Vetter, „damit ich ihn wieder verwahre.“

„Du brauchst ihn vorläufig nicht mehr in Verwahrung zu nehmen, Beate. Morgen früh werden die Stufen festgemauert, und wenn das geschehen ist, will ich Fräulein von Nonach den Schlüssel übergeben. Sie möchte den Blick vom Turmspöller öfter genießen und soll ungehinderten Zutritt zum Turm haben, ohne daß sie jedesmal erst um den Schlüssel bitten muß.“

Grifeldis sah die Komtesse an. Diese biß auf ihren Lippen herum, und sie sah wieder sehr rubig aus.

„Du sagst doch, die Turmzimmer sollen erst gefäubert und gelüftet werden.“ sagte er rauh.

„Allerdings, und zwar kann das gleich morgen früh geschehen, wenn die Stufen festgemauert werden. Bis morgen abend kann dann wohl alles fertig sein.“

„Eilt es denn so sehr damit?“ fragte die Komtesse, Grifeldis einen feindseligen Blick zuwerfend.

„Ja, ich möchte das schnell erledigt haben. Und bitte, lasse die Betten aus den Zimmern herauschaffen. Sie stören nur in den Zimmern.“

Die Komtesse ahnte mit eifersüchtiger Bitterkeit, daß auch diese Anordnung nur Grifeldis zu Gefallen getroffen wurde. Es erfüllte sie mit gebäugtem Groll, daß Graf Harro ihr so viel Vergünstigungen einräumte. Was hatte sie im Turm zu suchen? Was berechtigte sie, in die Zimmer der Gräfin einzudringen? Dieses bergelaufene Geschöpf durfte sich scheinbar alles erlauben und tat es mit einer Selbstverständlichkeit, die an Unerschämtheit grenzte. Und um ihr einen Ransch zu erfüllen, tat ihr Vetter alles Mögliche, was er für andere Menschen sicher nicht getan hätte.

Die Komtesse war vor Eifersucht halb sinnlos. Brennend gern hätte sie es verhindert, daß der Schlüssel zum Turm in andere Hände kam als in die ihren. Aber sie mußte sich den Bestimmungen des Grafen fügen. Gleich nach dem Abendessen wurde die Komtesse in einer häuslichen Angelegenheit abgerufen, und Graf Harro, der sich heute noch nicht zurückgezogen hatte und Grifeldis waren eine Weile allein.

So ein unbedingtes Alleinsein war ihnen selten beschieden. Meist war Wilba in ihrer Gesellschaft. Und dieses Alleinsein wirkte mächtig auf die beiden Menschen ein. Es lag etwas Unausgesprochenes, läß Schmerzliches zwischen ihnen. Die Luft schien mit einer heimlichen Fäulnis erfüllt, und sie wagten nicht, sich in die Augen zu sehen.

Über Grifeldis lag doch eine Frage zu sehr am Herzen. Und so nahm sie sich zusammen und sah ihn an.

„Sie werden mich sicher auslachen, Herr Graf, aber in

meinem Traum erdachte ich, in die Wand des Schloßes der Frau Gräfin eingelassen, einen geheimen Wandschrank zu haben ein solcher viellecht bekannt?“

Er schüttelte lächelnd den Kopf.

„Sie scheinen einen ganzen Roman geträumt zu haben, muß Sie leider enttäuschen. Geheime Wandchränke gibt es in Treuenfels nicht. Und nun gar im Schloßzimmer der Gräfin.“

— Sie haben doch gesehen, daß die Holzvertäfelung alle Wände bedeckt.“

Grifeldis wußte nun, was sie wissen wollte, nämlich ob der Graf tatsächlich keine Ahnung von den geheimen Wandchränken hatte. Sie wog sich nun auch zu einem Nicken.

„Das habe ich mir ja, auch gesagt. Aber es könnte ja in anderen Räumen Wandchränke existieren.“

Nun mußte Graf Harro lach-n.

„Sie haben es sich scheinbar in den Kopf gesetzt, Treuenfels romantisch zu machen. Damit Sie sich darüber beruhigen, will ich Ihnen, lesen Sie einmal unsere Familienchronik durch. Sie ist jedes Zimmer des Schlosses genau beschrieben und alles, was unser Geschlecht erlebt und erlitten hat, finden Sie darin verzeichnet. Es ist ein sehr umfangreiches Buch. Aber meine Frau Beate hat, glaube ich, die ganze Chronik auswendig gelernt.“

„Sie haben lange hat sie darin gelesen, bis sie vom Anfang bis zum Ende alles verstanden hatte.“

„Vielleicht ist das eine sehr interessante Lektüre.“

„Möglih. Beate behauptete wenigstens, sie wäre sehr befreundet.“

„Und Sie würden mir Einsicht in diese Chronik verschaffen?“

„Gewiß. Sie finden sie in der Bibliothek in dem kleinen Schrank neben der Eingangstür.“

„Ach danke Ihnen für die Erlaubnis.“

„Bitte sehr. Vielleicht können Sie mir eines Tages auch ich Ihnen diese Erlaubnis erteile, wenn Sie das Buch zu langweilt hat.“

„Das befürchte ich nicht.“

Jetzt kam die Komtesse zurück, und Grifeldis brachte ein anderes Thema auf.

Am anderen Morgen erwachte Grifeldis mit dem Gefühl, als sei heute ein Festtag, und ihr war so froh und unruhig. Heute wollte ja Baron Dalheim kommen, und seine Freunde die Hand reichen und ihm sagen, daß er, an seine Schuld glaube.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 1. November.

* Herr Amtsgerichtsrat Citron ist mit dem 1. Januar l. J. als Oberlandesgerichtsrat an das Oberlandesgericht in Stuttgart versetzt.

* Eine Verordnung gegen Betriebsabbrüche und -Stilllegungen. Man schreibt uns: Die Regierung hat den Erlaß einer Verordnung gegenüber Betriebsabbrüchen und -Stilllegungen angefündigt, welche zurzeit von einem Unterausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates erörtert wird. Die Verordnung sieht unter bestimmten Voraussetzungen die Beschlagnahme und Enteignung von Betriebsvorräten und -einrichtungen vor und stützt die Demobilisationskommission in dieser Hinsicht mit fast unumschränkter Vollmacht aus. Man muß bestreiten, daß zu einer so schwerwiegenden Maßnahme ein genügender Anlaß vorliegt, da Fälle von Betriebsstilllegungen, die ein Eingreifen der Allgemeinheit rechtfertigen könnten, wenn überhaupt, so nach der eigenen Erklärung der Regierung nur in ganz geringer Zahl und Bedeutung vorgekommen sind. Die einzelnen Paragrafen der Verordnung lösen eine Fülle von schwersten sachlichen Bedenken aus, sie beeinträchtigen die ohnehin von allen Seiten eingeeengte Initiative besonders des kleinen Unternehmers und Fabrikanten in unerträglicher Weise. Daß eine solche einschneidende Maßregel jetzt unter Ausschaltung der verfassungsmäßigen gesetzgebenden Organe lediglich im Wege der Verordnung über's Knie gedrohen wird, ist ein Vorgang, der auf die Zustände in unserem „Reichsstaat“ ein bezeichnendes Licht wirft. Wenigstens könnte man erwarten, daß in so schwerwiegenden Fragen nicht bloß ein vom Reichswirtschaftsrat abgeordneter Unterausschuß gehört wird, sondern daß das Plenum des Reichswirtschaftsrates in die Lage versetzt wird, seine begünstigende Tätigkeit auszuüben.

Siegen. Lehrer Reichard, der für 1 1/2 Millionen Mark gestohlene Zigaretten, Zigaretten und Speck an sich brachte und veräußerte, wurde von der Strafkammer zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Siegen. Die R. W. J. meldet, daß Siegerländer Bergleute am der nächsten Spitzbergfahrt teilnehmen werden, um in den dortigen Bergwerken tätig zu sein.

Ried. Beim Feueranmachen schüttete die Frau Schmitz in der Feldstraße Petroleum in die Flamme; es gab eine Explosion, wobei die Frau so schwere Brandwunden erlitt, daß sie im Hof als Leiche zusammenbrach.

Königsbrunn. Die Landwirtschaft des Kreises hatte nach Vereinbarung mit der Verbrauchsvereinschaft 3000 Zentner Kartoßeln zu 20 Mk. für die wirtschaftlich Schwachen abzuliefern. In anerkannter Weise sind aber für diesen Zweck 5327 Zentner abgeliefert worden, was wohl darauf zurück zu führen ist, daß die Führer des Hess. Bauernbundes hier ihren Wohnsitz haben und mit gutem Beispiel vorausgegangen sind.

Frankfurt. Aus einem Betriebe der Bittelbacher Mieser hat der 30-jährige Dreher Rudolf Lieberer sämtliche Motoren und legte dadurch das ganze Geschäft lahm. Die Motoren schaffte der Dieb in einem Wärfelort fort. Den Spitzhaken erwischt man wohl, allein die Motoren sind bisher vermisst.

Frankfurt. Karl Wasmann, verlegt, nachdem er monatelang die Taschen aller derer, die nicht aße werden, mit riesigem Erfolg ausgeheuert hat, seinen Wohnsitz nach München. Er will sich dort, wie wir aus München erfahren, an einem Brauereiarbeiter teilnehmen. Am Sonntag verabschiedete er sich mit einem Vortrag über seine Hundekraft von den Frankfurtern. Sein Lehrer Müller-Gerny, den er aber seinen Schülern nennt, ist seit etwa 14 Tagen von der Bildfläche verschwunden. Ueber seinen Aufenthaltsort werden die verschiedensten Geschichten erzählt. — Uebrigens darf man den Münchnern zu ihrem neuesten Mißgrübe gratulieren.

Offenbach a. M. In der Eisenbahnstraße beschlagnahmte die Polizei drei Maschinengewehre und zwei Schussfaren voll Kisten mit Handgranaten.

Wiesbaden. Landeshauptmann Dr. Voell, der neue Landeshauptmann in Kassel, wird Donnerstags, den 11. Nov., während der Tagung des Landesauschusses in sein Amt vom Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Kassel, Dr. Schwander-Kassel, eingeführt. Gleichzeitig wird Bürgermeister Travers-Wiesbaden als Vorsitzender des Landesauschusses verpflichtet werden. Am gleichen Tage tritt der seitiger Bürgermeister in Biebrich, Max Kranzbühler, sein Amt als Landesrat bei der hiesigen Landesdirektion an. Die beiden anderen vom 54. Kommunallandtag zu Landesräten gewählten Herren Schüller und Jöhlen sind bereits in ihren Stellungen tätig. Landeshauptmann Kessel wird in der betreffenden Sitzung des Landesauschusses sich verabschieden und seine Dienstfunktion niederlegen.

Hadamar. Der Brauereibesitzer Peter Fröhlich erhielt von einem Pferd einen so furchtbaren Tritt, daß er nach wenigen Minuten eine Leiche war.

Kassel. Finanzbeamte fanden bei Hausdurchsungen in einer benachbarten Gemeinde unter dem Bett versteckt 72 000 Mk. und in einer anderen Gemeinde 42 000 Mk. Das Geld wurde beschlagnahmt.

Niederhövels. Von dem Beldorfer Zug wurde die 24 Jahre alte Transportarbeiterin Anna Hölzer erfaßt und getötet. Die Leiche war gräßlich zugerichtet.

Gersfeld. Bei Versuchen mit einem neu gekauften Wander-Kino explodierte die Karbidlampe und die Sprengstücke durchschnitten dem Holzarbeiter A. Grösch die Halsschlagader; der Mann verblutete, bevor ihm Hilfe gebracht werden konnte.

Elberfeld, 29. Okt. Die kürzlich die Köner, so läßt sich auch die hiesige Eisenbahndirektion wegen unbotmäßigen Verhaltens von Arbeitern eine Anzahl Fräzüge von Elberfeld-Nirke nach Hartingen und umgekehrt vorübergehend ausfallen.

Düsseldorf, 29. Okt. (Die tapferen Belgier.) Hier hat sich eine Gesellschaft zugetragen, die sich wie ein ergötzlicher Scherz ausnimmt, gleichwohl aber als buchstäblich wahr zu betrachten ist. Als die Feuerwehr in

Neuß eines dort ausgebrochenen Großfeuers nicht Herr zu werden vermochte, telegraphierte sie nach Düsseldorf, von wo man sofort einen Motorlöschzug ausrücken ließ. Als er die Rheinbrücke zwischen Düsseldorf und Neuß passierte, begab sich folgendes: Die belgische Brückenbesatzung warf die Gewehre weg und stand, einschließlich des wachhabenden Offiziers, mit „Hände hoch“ bibisäulenartig, fassunglos da — und ganz Düsseldorf lacht. Nacht in dem Bewußtsein, daß selbst die feindlichen, auf deutschem Boden inmitten eines erkräfteten und wehrlos gemachten Volkes stehenden Armeen immer noch von der alten Angst vor Deutschlands Wehrhaftigkeit erfüllt sind, und daß nur die deutsche Feuerwehr auszurücken braucht, um die Feinde des Kaiserreiches zu zerschlagen zu lassen. Gegen die deutschen Zeitungen im besetzten Gebiet, die diesen Vorgang berichteten, wurden natürlich strenge Maßregeln angewandt. Der Kommandant von Neuß aber erhielt seine Abfertigung, der Brückenoffizier wurde degradiert und 36 Mann schwer bestraft.

Frankenberg. Im Wirtschaftsgebäude des Metzgers Finkelnberg entstand ein gewaltiges Feuer; nach einer Stunde stürzte das Gebäude zusammen. Große Stroh- und Futtermittel sind vernichtet.

Heldberg. Ein großer Teil der Fahrradwerke Redarfulm A. G. ist abgebrannt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen, da wertvolle Fabrikate verbrannt sind. Nur durch das Eingreifen der Arbeiterschaft sind große Vorräte gerettet worden.

o Kälte schützt gegen Erkältung. Schon das Wort Erkältung bestärkt in vielen die irrige und nicht auszurottende Ansicht, daß man sich am meisten dieser Krankheit aussetze, wenn man sich der Kälte aussetze, und daß möglichst viel Wärme der beste Schutz dagegen sei. An die Kinder vor dem schlummern Husten und Schnupfen zu bewahren, kleiden sie die Mütter zu warm an, halten sie bei kaltem Wetter in den Stuben und machen sie gerade dadurch zu Wesen, die den Erkältungsbasillen besonders wenig Widerstand entgegensetzen. Man schließt die Fenster, weil man jeden „Jug“ fürchtet und gibt gerade dadurch den Bakterien die besten Lebensbedingungen, vor denen man sich zu schützen hofft. Die Erfahrungen des Krieges und die großzügigen Forschungen über den wahren Charakter der Krankheit, d. h. frische reine Luft bei sehr niedrigen Temperaturgraden geradezu das beste Mittel ist, sich davor zu bewahren, während der Aufenthalt in dumpfen überheizten Zimmern die meisten Opfer fordert. Unter diesem Gesichtspunkt ist unsere ganze Lebenshaltung einer Revision zu unterziehen, und dies wird auch geschehen, wenn erst die neuesten Forschungen allgemein bekannt geworden und die alten Vorurteile ausgerottet sind. Wie falsch ist es z. B., die Blüten mit dem tiefen Halsausschnitt für Erkältungen verantwortlich zu machen. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Seitdem die Mode den freien Hals und Nacken befiehlt, sind die Atmungsorgane der Frauenwelt sehr viel weniger erkrankt, und es gibt Ärzte, die behaupten, daß der Gesundheitszustand unserer Damen sich wieder verschlechtern wird, wenn sie die neuen hochgeschlossenen Hüfen tragen. Es ist nur notwendig, daß man den Körper durch die Kleidung recht warm hält, dann schadet weder der Ausschnitt etwas noch die dünnen Seidenstrümpfe. Die Erkältungen werden durch Uebertragung von einer Person auf die andere weitergegeben, und eine solche Verpflanzung ist in einem warmen Raum sehr viel leichter als in der freien Luft. Es bildet sich nun allerdings bei Leuten, die viele Erkältungen durchgemacht haben, eine Art Immunisierung heraus. Man hat beobachtet, daß Landleute, die gewöhnlich viel weniger an Erkältungen leiden als Stadtleute, wenn sie in die Stadt kommen, sich sehr rasch anstecken und sehr heftige Erkältungen haben. Diese sich allmählich bildende Immunisierung verhindert, daß die Erkältung beim Stadtmenschen große Schädigungen hervorruft. Wichtig ist als Schutzmaßregel vor allem aber auch ein gesundes Leben, regelmäßiges und genügendes Schlafen, tägliches Bewegen in freier Luft und das Vermeiden von allen Dingen, die den Körper schwächen. Die Saat sind die Mikroben. Der Boden, auf den sie gesät werden, sind der Zustand unserer Atmungsorgane und die Verhältnisse, unter denen wir leben. Bei kaltem- und nassem Wetter wird man in der freien Luft keinen Husten bekommen. Wohl aber in geschlossenen Räumen, durch die die Atmungsorgane in einen weniger widerstandsfähigen Zustand versetzt werden. Wer keine Kälte fürchtet, sich körperlich bewegt und mäßig lebt, der ist immun gegen die Ansteckung durch Erkältungen und bleibt gesund.

o Keine Kohlenpreiserhöhung. Der große Ausschuß des Reichskohlenrates und der Reichskohlenverband berieten den Antrag des rheinisch-westfälischen Kohlenabfahrs, seine Kohlenpreise entsprechend den dem Ruhrbergbau durch Schiedspruch auferlegten Lohnaufstellungen der Bergarbeiter zu erhöhen. In vorangegangenen Verhandlungen mit der Regierung war darauf hingewiesen worden, daß der Bergbau die neue Belastung ohne Kohlenpreiserhöhung nicht tragen könnte, was auch der Schiedspruch anerkannt hatte. Trotzdem mußte der Bevollmächtigte des Reichswirtschaftsministeriums in der Sitzung erklären, daß das Kabinett eine Kohlenpreiserhöhung nicht zulassen könne. Ausschlaggebend war die Rücksicht auf die gesamtwirtschaftlichen Folgen einer solchen Erhöhung.

o Schließung des Friedmannschen Tuberkulose-Instituts. Das Tuberkulose-Institut des Professors Friedmann in Berlin ist plötzlich geschlossen worden, da die Mittel für die Unterhaltung der Anstalt, die nicht Staatseigentum ist, von der privaten Stelle, die sie hergegeben hatte, nicht mehr gezahlt werden. Die Arbeiten des Sachverständigenausschusses, der für die Prüfung des Friedmannschen Schutz- und Heilmittels gegen Tuberkulose eingesetzt worden ist, werden dadurch nicht berührt.

o Pommerische Dorfbewohner gegen eine Mühlenrevision. Im Dorfe Lüth in Pommern verurtheilten sechs Mühlenrevisoren die Mühle zu beschlagnahmen. Die Einwohner des Ortes eilten in großen Scharen herbei, mißhandelten die Revisoren und warfen den einen aus dem Fenster. In den Rückständen der Revisoren fand man reines Weizenmehl. Ein Reichswehrangebot von 25 Mann brachte die Männer schließlich in Sicherheit.

den ehemaligen Feinden mühte bald voll aufgenommen werden. Nur ein allgemeiner Warenaustausch könne Großvermögen seine volle Tätigkeit wieder ermöglichen. Es gebe keine schlechtere und verhängnisvollere Politik, als Erzeugnisse aus dem Ausland abzulehnen, mit denen man einmal Krieg geführt habe.

Keine Zerkörung der deutschen Flughäfen?

London. Die große englische Flugzeugfabrik Handley Page läßt sich von ihrem Berliner Vertreter berichten, die internationalisierte Kommission für das Flugwesen habe auf das ihr nach dem Versailler Vertrag zustehende Recht verzichtet, die deutschen Flughäfen zu zerstören. Es handelt sich dabei um folgende Militärflugplätze: Breslau, Fürth, Vadersborn, Rosenheim, Schleißheim, Braunschweig, Hamburg, ferner die See-Stationen Nordern, Warnemünde und Kiel-Holtenau, sowie die Luftschiffhallen von Ludwigshafen und Stettin.

Internationale Arbeiterkonferenz.

London. Der Nationalrat der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands beschloß die Initiative zur Einberufung einer Konferenz aller sozialistischen Parteien zu ergreifen, die aus der zweiten Internationale ausgetreten sind und in Anbetracht der 21 Punkte sich der dritten Internationale nicht anschließen können.

Russeneinfall in die Mongolei.

London. „Times“ meldet aus Peking, mehrere tausend Russen seien in die Mongolei eingedrungen und marschierten auf Urga. Fünftausend Mann chinesischer Truppen seien nach Nord abgegangen.

Verschiedene Meldungen.

Paris. Nach einer Meldung aus Sebastopol berichten dortige kommunistische Blätter, daß 81 Personen, die antilichensinnlicher Umtriebe und der Wiedererrichtung der Monarchie bezichtigt wurden, erschossen worden seien.

London. Die Konferenz der Eisenbahner beschloß, solange nichts zu unternehmen, bis das Ergebnis der Abstimmung der Bergarbeiter bekannt sei. Der Vorsitzende Thomas erhofft Annahme der Regierungsbedingungen.

Niederlande. Wie aus London gemeldet wird, hat die englische Regierung 100 000 Pfund Sterling zur Bekämpfung der Hungersnot in Nordchina zur Verfügung gestellt.

Sinnes und die Sozialisierung.

Produktionssteigerung oder Massetod.

In Reichswirtschaftsrat hielt Sinnes eine Aussenrede über die Frage der Sozialisierung. Er sagte u. a.: „Alle Maßnahmen, die in der nächsten Zeit getroffen werden, die die Wirkung haben können, daß die Produktion bei uns sinkt und nicht ganz erheblich steigt, werden tatsächlich für Millionen der deutschen Bevölkerung ins Leid bedeuten können. Ich halte den Eintritt eines Bürgerkrieges ohne Produktionssteigerung als durchaus nicht ausgeschlossen.“

Als Ziel bezeichnete Sinnes: Die zweckmäßigere Aufrechterhaltung unserer Kohlenbergbau wie überhaupt der ganzen Kohlenwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit. Das sei im Grunde die „Gemeinwirtschaft“, die auch die Sozialisten wollten. Gefügt auf praktische Beispiele entwarf Sinnes dann folgendes Programm:

„Wir müssen unsere Konsumenten, die die Kohle in Form von Elektrizität, Gas, Wasser, Verkehr beziehen, zusammenfassen in große Unternehmungen in möglichst großer Höhe; ich will sie Landes-Elektrizitätsgesellschaften, Landes-Verkehrsgesellschaften, Landes-Verkehrsgesellschaften nennen. Die Gesellschaften müssen nach ihrer Eigenart industrielle Werke im Aufsichtsrat, kommunale und staatliche Werke unter den Aktionären haben. Diesen Unternehmungen müssen das Recht zu der Verpflanzung auferlegen, die Ertragslagen ihrer Kraft, mögen sie schwarz, braun oder weiß sein, sich unter allen Umständen auf langen Zeitraum zu sichern.“

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Börseplätze	30. 10.		29. 10.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
London	2207,20	2302,36	2387,60	2392,40	170 Mk
Amsterdam	1033,95	1033,00	1041,45	1043,55	112
Schweden	1476,50	1476,50	1468,50	1461,50	112
Norwegen	1021,45	1023,55	1041,45	1045,55	112
Schweiz	—	—	1173,80	1176,20	72
Frankfurt	78,42	76,58	74,93	75,07	4,40
Berlin	293,70	284,50	259,70	260,30	20,20
Hamburg	487, —	483, —	487, —	488, —	80
Wien	514,45	515,55	511,95	513,05	80
Paris	289,70	290,30	278,70	279,30	80
Brüssel	23,97	24,03	24,34	24,40	85
Madrid	14,93	15,02	16,88	16,72	85
Lissabon	86,15	86,35	87,90	88,10	85

o Änderung der Seifenbewirtschaftung. In der Seifenwirtschaft tritt vom 1. November ab eine Änderung ein, als mit diesem Tage die Herstellung von Einheitsseifenpulver, S. S. V. G. Seifenpulver, S. S. V. G. Kerneise und S. S. V. G. Kerneise aufhört und allen Gesellschaften die Herstellung ihrer Spezialerzeugnisse wieder gestattet wird. Mit dieser Änderung wird allerdings die freie Wirtschaft noch nicht restlos eingeführt, da die Herstellungsgewinnung noch an die weiterbestehenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden ist. Für die Spezialseifen ist die Verwendung getroffen, daß lediglich reine, also ungesättigte Ware hergestellt werden darf. Bei Kerneise muß die Bodung des Seifenpulvers den Fettäuregehalt oder einen Hinweis auf die Schmelzgewichte tragen. Bei Seifenpulver muß der Gehalt an Fettäure auf der Bodung aufgedruckt sein.

o Keine Verlängerung der Frühdruschprämie. In den landwirtschaftlichen Kreisen wird vielfach auf eine Verlängerung der Prämie mit dem 13. Oktober fortgefallenen Frühdruschprämie für Brotgetreide und Gerste gehofft. Wie demgegenüber aus dem Reichsernährungsministerium mitgeteilt wird, ist die Ausdehnung dieser Prämie ebenso wie eine Verlängerung der Erzeugerpreise für Getreide im laufenden Wirtschaftsjahr vollkommen ausgeschlossen. Die Landwirtschaft hat also keinen Anlaß, in der Hoffnung auf eine Verlängerung mit der Ablieferung des Brotgetreides zu verharren.

o Wiederaufbau unserer Handelsflotte. Der erste der die Hamburg-Amerika-Linie im Bau befindlichen Dampfer „Grosser Kurfürst“ ist fertig. Der Dampfer, der den Namen „Kaiserin“ erhält, ist für die Frachtfahrt bestimmt. Er hat eine Tragfähigkeit von 2350 Tonnen und eine Geschwindigkeit von 9 Seemellen in der Stunde. Das Schiff wird die Levante-Linie bestimmen.

o Erhöhte Kohlenförderung in Sachsen. Eine Bergbauverwaltung des Bitterer Kohlenreviers erklärte sie sich bereit, in Anbetracht der Kohlennot zur Aufkündigung der Kohlenförderung unter dem Vorbehalt, daß der Ertrag der Kohlenarbeit ausschließlich dem sächsischen Volke zugute kommt.

Der Verkauf eines Baumriesen. Eine gewaltige Eiche ist vor kurzem an eine Holzhandlung in Miesfeld verkauft worden. Der Baum, der in Rebbeck, im Kreise Lippland, stand, hatte einen Umfang von vier Metern und ein Gewicht von 200 Zentnern. Bei 12 Meter Länge betrug der Durchmesser noch 1,30 Meter. Für diese Eiche wurden 20 000 Mark bezahlt.

Raubüberfall auf einen Spielflub. Ein dreier Raubüberfall ist in Hamburg ausgeführt worden. Die Polizei hatte die Aufhebung eines Spielflubs beschlossen. Polizeibeamte fanden auch Zutritt zu den Spielräumen, wo eine Gesellschaft versammelt war, die aber nicht spielte. Der Grund der Spielmüdigkeit zeigte sich bald. Unbekannte Räuber waren bereits früher als die Polizei erschienen und hatten die an 30 Personen zählende Spielgesellschaft ausgeraubt. Die Spieler mußten ruhig mitansehen, wie man ihnen die Balcios, die Driestafeln, die Uhren mit Ketten und die Spielgelder abnahm. Die Raubgeiellen raubten auch Ringe, Ohrringe, Armbänder, Halsketten usw. Sie haben eine Beute von mehreren hunderttausend Mark gemacht.

Der Herzendroman des Königs Alexander. Aus Athen wird berichtet: Nach einem Gesetz, das mit dem 14. Oktober in Kraft getreten ist, gilt Aspasia Maros als die gesetzliche Gemahlin des verstorbenen Königs Alexander trotz der Tatsache, daß die Vermählung ohne die gebrauchlichen Formalitäten abgeschlossen wurde. Die Frage des privaten Nachlasses des Königs ist hiermit gelöst.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einwendungen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Seitdem in diesem Jahre die Kartoffeln in die Erde gelegt wurden, unser alter Gott Regen und Sonnenschein zum alten Preise gab, ist über den Kartoffelpreis soviel debattiert worden, daß es dem Verbraucher fast überdrüssig war, dem rechtlich denkenden Bauern aber doch nun endlich die Schamröde ins Gesicht steigen müßte angesichts des sich breit machenden Däubers.

Die Vereinigung Kriegsschädigter und Hinterbliebenen Herborns hatten gemeinsam Kartoffelbezug vereinbart, einestseits um sich gegenständig zu helfen und wohl auch in der stillen Hoffnung sich etwas billiger eindecken zu können. Aber weit gefehlt. Wie alle diesbezüglichen Abschlüsse durch die grenzenlose Gier über den Haufen geworfen wurden, so geschah es auch hier. Die ersten Kartoffeln kosteten vor 8 Tagen an zum Preise von 35 M. und 1 M. Fracht. Gestern nun kam statt Kartoffeln ein Telegramm mit dem Inhalt: „Kartoffeln nur noch für 38-40 M. Preise steigen fort.“ Das macht einschl. Fracht 43-45 M. Und nun, deutscher Bauer, achte einmal im Geiste mit mir auf die zerlöcheren und auf Jahre hinaus ertragsunfähigen Gefilde Nordfrankreichs, dann auf deinen Kartoffelacker, hier frage ich dich: „Für wen gaben wir Väter und Söhne, unsere Ernährer, für wen lagen wir jahrelang im Schützengraben unter Einsetzung von Gut und Blut? Nicht auch für dich? Schätzten wir nicht auch deine Scholle?“

Dann gehe einmal mit zu einem Schwerbeschädigten. Der Mann gedrückt in dem Gedanken: Ich bin mein Lebtage ein Krüppel, die Frau abgehärtet, die Kinder krank und unterernährt. Wenn dein Herz nicht ganz verwuchert, sondern einer anderen Regung noch fähig ist, so müßt du dich schämen, um einiger elenden Papierfetzen wegen diesen armen Menschen das Hauptnahrungsmittel fast unerschwinglich gemacht zu haben.

Was sagt Ihr rechtlich denkenden Bauern, deren es Gott sei dank auch noch bei uns gibt, zu diesem elenden Schacher? Was sagt die Behörde, unter deren Augen dieses schmutzige Handeln betrieben wird? Was sagen unsere Gewerkschaften und Verbände? Gibt es gegen dieses Treiben keine wirksamen Gegenmaßnahmen?

Bleibst du wären die Beschlüsse der bayerischen Regierung, welche durch energische Maßnahmen dem Wucher- und Schiebertum auf den Leib rücken will, auch hier empfehlenswert.

Am Namen vieler Kameraden:

Karl Schnaus.

Letzte Nachrichten.

München, 1. Nov. (Z.) Beseitigung der Selbstschußorganisationen. Die von der internationalen Kontrollkommission der Reichsregierung überreichte Note auf Beseitigung der Selbstschußorganisationen, wird von der bayerischen Presse sehr ernsthaft besprochen. Die Münchener „Neuesten Nachrichten“ schreiben dazu:

„Wie in allen Fragen schwerwiegendster Bedeutung wird auch diesmal wieder einzig und allein die Geschlossenheit und Einheit des Reiches und aller seiner Glieder die Kraft zur Erreichung alles dessen geben können, was uns not tut. Es zeigt sich von Tag zu Tag immer klarer, daß wir eine noch so große Demütigung nicht abwenden werden können, was vor allem Frankreich unverkennbar ansteht: Die Beseitigung des Ruhrreviers!“

London, 1. Nov. Frankreich an England. Das englische Amt soll von Frankreich eine Note erhalten haben, deren Abfassung einen ziemlich barschen Ton aufweist. Es wird darin gesagt, daß keiner der Alliierten den § 418 des Friedensvertrages auf eigene Faust auslegen solle. Der Verfall der Vertrag, der die Unterschriften aller alliierten Mächte trage, könne nur durch eine vorherige Beratung mit Frankreich abgeändert werden. Der betreffende Paragraph müsse in seiner Vollständigkeit angewendet werden und England habe keinesfalls die Befugnis, auf Rechte zu verzichten, die ihm auf Grund dieses Paragraphen eingeräumt würden. Frankreich weist damit die englische Behauptung zurück, wonach den verschiedenen alliierten Regierungen freigegeben ist, nach eigenem Ermeßen Schritte zu unternehmen, welche sie für notwendig erachteten. Es läßt sich noch nicht sagen, welchen Eindruck diese französische Protestnote in den englischen Regierungskreisen gemacht hat. Nach den ersten Eindrücken zu urteilen, dürfte der großsprecherische Ton Frankreichs unangenehm berührt haben. Auffallend ist besonders jene

Stelle, die besagt, daß jede Vertragsänderung erst nach einer vorherigen Beratung mit Frankreich erfolgen könne, während es doch heißen müsse, nach einer vorherigen Beratung mit allen Alliierten, die den Friedensvertrag unterzeichnet haben. In der Note kommt die französische Renzianität, sich als den tonangebenden Sieger hinzustellen sehr zum Ausdruck.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Beck.

Anzeigen.

Aufruf!

An alle Bürger und Arbeiter des Dillkreises!

Kameraden es geht um Sein oder Nichtsein. Die Tage der Abstimmung in Oberschlesien liegen vor uns. Einem jeden hier ansässigen Oberschlesier muß es möglich gemacht werden, in seine Heimat zu fahren und am Tage der Abstimmung seine Stimme für Deutschland abzugeben. Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen ebenso in Kärnten sind zu unseren Gunsten entschieden, ebenso muß es in Oberschlesien werden. Wenn uns Oberschlesien verloren geht, ist der Zusammenbruch Deutschlands besiegelt. Vergewaltigen wir uns schon allein was die Einkistung des Erzverandes ab 1. Okt. nach dort und der Ausfall der ober-schlesischen Kohlen für uns bedeutet, so können wir die Bedeutung der Abtrennung Oberschlesiens verstehen. Oberschlesien muß nicht nur aus nationalen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen Deutsch bleiben. Die Kohle ist das Brot der Industrie. Die Abstimmung kostet Geld. Den minderbemittelten muß die Reise zur alten Heimat ermöglicht werden. Der Staat allein kann die Unkosten nicht decken. Es geht daher der dringende Appell an alle deutsch gesinnten Männer und Frauen „Daran an die Annahmestelle und euer Scherlein abzugeben.“ Alle durch Kataloge und Zettel gekennzeichneten Geschäfte, Lokale, Bantzen, jede Behörde und die unterzeichnete Geschäftsstelle nehmen Gaben dankend entgegen. Unsere Zahlstellen und Ortsgruppen wollen mit Hilfe der betr. Ortsbehörde eine Hausammlung veranstalten. Eine jede, auch die kleinste Gabe wird dankend entgegen genommen. Viele Wenig machen ein Viel! Bis jetzt sind durch Hausammlungen bei uns gemeldet, bezw. eingegangen:

Zahlstelle Rittershausen 217,50 M.
Zahlstelle Wissenbach 269,00 M.
Zahlstelle Hirszenhain 461,50 M.

Alle Zahlstellen, Behörden, Banken usw. bei denen Beträge zur Grenzspende gesammelt werden, wollen dieses, soweit sie die Beträge nicht an uns einsenden, uns doch bitte eine Mitteilung machen, da wir das Ergebnis an die R. f. S. Nebenstelle Siegen weiter geben. Alles Material, Kataloge, Zettel „Annahme hier“ u. dgl. können von uns bezogen werden. Auch stehen wir zur Abhaltung von Vorträgen gerne zur Verfügung.

Also auf ihr deutschen Männer und Frauen, zeigt, daß wir Deutsche sind. Liefert euer Scherlein ab für ein gutes Werk zu unser aller Segen und Nutzen. Keiner darf fehlen.

Zeigt, daß wir einig sind, wenn es gilt Zeugnis für unser Deutschtum abzugeben. Deutsch im Denken, Deutsch im Fühlen, aber auch Deutsch im Handeln!

Dillenburg, Friedrichstraße 26.

Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften Dill-Lahn.
F. A.: Karl Wenershausen, Kartellsekretär.

Kreisverband f. Handwerk u. Gewerbe f. d. Dillkreises.

Der von uns gewählte und angestellte hauptamtliche Geschäftsführer Herr A. Kunz, Dillenburg, hat seine Tätigkeit aufgenommen. Die Geschäftsstelle befindet sich im Hause des Herrn A. Kunz, Frohnhäuserstr. Nr. 9. 3384 Sprechstunden von 8-12 Uhr vorm. u. 3-6 Uhr nachm. Der Vorstand: J. A.: Joh. Budde.

Viele verm. Damen wünsch. sich bald glückl. zu verb. Herren wenn auch ohne Vermögen erbalten sol. Auskunft durch [3503] „Union“ Berlin, Postamt 37.

Waschen Sie auch richtig?



Einweichen mit Dr. Gentner's Rotstern-Bleichsoda. Einlegen in Dr. Gentner's Salmiak-Terpentin Seifenpulver Goldperle.

Der Schmutz löst sich von selbst. Die Wäsche wird geschont!

Verhändler: Carl Gentner, Göttingen (Wärrerstraße).

Handwerker u. Gewerbetreibende vereinigt Euch.

3585

Lichtspieltheater (Saalbau Herborn, Regler), Herborn.

Heute, Montag, den 1. November, abends 8 Uhr, kommt das große Schauspiel:

„Jaumel“, nach dem Roman v. Paul Langenscheidt
Hauptrolle: Hedda Bernon.

„Eva wo bist Du“, Lustspiel in 3 Akten.

Bäckerzwangsinnung.

Eine Generalversammlung

der Bäckerzwangsinnung für den Dillkreis findet am Donnerstag, den 4. November ds. Js., nachm. 2 Uhr, im Lokale des Herrn W. Thier, Dillenburg, Hauptstraße, statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über den Verbandstag in Frankfurt a. M.;
2. Beitritt zu der Krankenkasse für selbständige Handwerker;
3. Hefangelegenheit;
4. Verschiedenes.

Richterscheinen wird laut Beschluß des Vorstandes bestraft.

26

Der Vorstand.

An die Herren Bürgermeister und Landräte des Kreises.

Unter Hinweis auf die gestern veröffentlichte Bekanntmachung des Herrn Regierungspräsidenten, die Kreisordnung über Milch und Speisefette vom 8. 6. 20 (Kreisbl. Nr. 138 u. 139) und die Rundverfügung vom 13. August Tab. Nr. Ia 4033, erlaube ich gegen jeden Schleichhandel und Hamstern von Milch und Butter auch wenn es sich um kleinere Mengen handelt unmissverständlich vorzugehen. Die Versorgung der kleinen Kinder und Kranken ist in die kommende Winterzeit in Frage gestellt, wenn der Schleichhandel mit Butter und Milch immer größeren Umfang annimmt. Auch die kleinen Hamstere müssen nachsichtlich zur Anzeige gebracht werden, da sie für den Landwirt eine dauernde Verführung bilden. Milch und Butter der öffentlichen Bewirtschaftung zu entziehen, besonders mache ich darauf aufmerksam, daß Milch gegen Bezugschein abgegeben werden darf. Die Landräte des Kreises sind verpflichtet, den Inhabern von Bezugscheinen ihrer Gemeinden Vollmilch nach Anweisung des Bürgermeisters zu liefern. An Schweine darf Vollmilch nicht verfüttert werden. Dem Zu- und Abgang von Milch ist die peinlichste Aufmerksamkeit zu widmen. Ueber sämtliche Milchhalter ist der Gemeindevorstand verpflichtet, mir allmonatlich zu berichten, damit mit Zwangsmahnahmen (Verziehung der Zuckertarten pp.) vorgegangen werden kann.

Dillenburg, den 30. Oktober 1920.

Der kom. Landrat: Bartmann.

Volkshochschule Herborn.

Heute abend 8 Uhr:

Eröffnung in der Präparandenanstalt, zu der alle Teilnehmer, sowie Freunde und Gönner der Sache freundlichst eingeladen werden.

Nachtragsankündigung:

Vortragsreihe auf dem Gebiete der Philosophie und Herrn Studienassessor Fett aus Dillenburg.

Anmeldungen zu sämtlichen Vortragsreihen noch heute Abend und im Laufe dieser Woche entgegen genommen.

Herr Pfarrer Conradi wird in diesem Sinne einige Einzeldorträge halten.

3586

Der Ausschub.

Strümpfe

zu jeder Schuhfarbe passen

Baumwolle, Baumwollseide

Seiden-Baumwolle

zu Mk. 35.-, 25.- und 15.-

Modehaus Salomon

Siegen, Schulstraße 4

„Silvit“

Sprengstoff für Forst- und Landwirtschaft, besonders geeignet zum Roden von Baumstubben empfindlich.

Carl Gaerthe, Wehlar, Bahnhofstr.

Tüchtiges Dienstmädchen

für sofort gesucht. 3587

Westerwälder Hof Herborn

Beabsichtige ein in Eddingen stehendes

Wohnhaus

mit Hofraum

u. 2 Gärten u. Stallung zu verkaufen.

Näh. in der Gesch. ds. Bl.

Elektromotoren

kaufen Sie am vorteilhaftesten beim Fachmann.

Drehstrom - Gleichstrom in fast allen gebräuchlichen Leistungen am Lager bezw. sofort lieferbar.

Benzin-Motoren neu u. gebraucht. Preise. Angenehme Bedienung.

H. G. Budde, Dillenburg, Hauptstraße 48. Telefon

Die Sterndentekunst!

Senden Sie noch heute an mich Ihren Geburtsdag, Monat, Jahr, Geschlecht, ich gebe Ihnen Aufschluß über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Heirat, Ehelichen, Kinder- und Familienverhältnisse, Erbchaften usw., gegen Einzahlung von M. 5,40 oder per Nachnahme zuzüglich Porto.

A. Deutschmann, 38 Dresden-Blasewitz.

Metallbetten

Stahlrohrmatratzen, Kinderbetten Polster an Jederm. Katal. frei. Effenmöbelfabrik Suhl i. Thür.